Der kurdische (Alb-)Traum

Das Unabhängigkeitsreferendum, der Fall von Kirkuk und die Auswirkungen auf kurdische und irakische Politik

Nils Wörmer / Lucas Lamberty

Das Unabhängigkeitsreferendum der irakischen Kurden hat den Irak noch vor dem Ende des Kampfes gegen den sogenannten Islamischen Staat an den Rand eines neuen Bürgerkriegs gebracht und die politische Lage im Land grundsätzlich verändert. Die neu eingetretene Situation legt eine Schwerpunktverlagerung der deutschen Irakpolitik nahe, die auch eine Anpassung des bisherigen militärischen Beitrags erfordert.

Der Irak ist noch vor dem offiziellen Ende des Kampfes gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) über die Auseinandersetzung um die umstrittene Erdölmetropole Kirkuk im Oktober 2017 beinahe in einen neuen Bürgerkrieg geschlittert. Vorausgegangen war dieser Zuspitzung der Lage das umstrittene kurdische Unabhängigkeitsreferendum vom 25. September, wodurch die innerirakischen Konflikte den gemeinsamen Kampf gegen den IS noch früher als erwartet in den Hintergrund gedrängt haben. Dies ist umso brisanter, als sich an der ehemaligen Front gegen den IS im Nordirak mittlerweile irakisch-kurdische Milizverbände einerseits und reguläre irakische Streitkräfte sowie vornehmlich schiitische Milizen andererseits gegenüberstehen. Der Abschuss eines irakischen Kampfpanzers aus US-amerikanischer Produktion am 20. Oktober 2017 durch kurdische Peschmerga verdeutlicht auch, dass die seit 2014 bestehenden Parameter westlicher Irakpolitik kaum noch Gültigkeit besitzen.

Aus mannigfachen Gründen – darunter eine gravierende Fehlinterpretation der westlichen Waffenhilfe gegen den IS als langfristige politische Unterstützung für die Unabhängigkeit – hat der kurdische Präsident Masud Barsani durch seine Referendumspolitik im Sommer 2017 die Region Kurdistan-Irak (RKI) in eine prekäre Lage manövriert. Abgesehen davon, dass der kurdische Traum eines unabhängigen Staates mit den Ereignissen vom Oktober 2017 in weite Ferne gerückt zu sein scheint, ist auch unklar, ob es den kurdischen Politikern gelingen wird, die RKI auf den zwischen 2003 und 2013 beschrittenen demokratischen Weg zurückzuführen. Ein fortgesetzter Konflikt zwischen Erbil und Bagdad beeinträchtigt außerdem die Stabilisierungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft mit Blick auf den Wiederaufbau der vom IS befreiten Gebiete und die Rückführung von (Binnen-)Flüchtlingen. Infolge des Referendums und des Rücktritts Barsanis droht nunmehr ein Machtkampf innerhalb Kurdistans, der nicht nur die kurdische Position gegenüber Bagdad deutlich unterminiert, sondern auch die Verlässlichkeit Irakisch-Kurdistans als – nach wie vor bedeutender – Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Frage stellt.

1. Das kurdische Staatsprojekt und das Referendum

Der kurdische Quasi-Staat

Bereits vor dem Referendum vom 25. September 2017 wies Kurdistan-Irak zunehmend die Merkmale eines unabhängigen Staates auf. Die irakische Verfassung von 2005 erkennt die RKI als autonome Region mit weitreichenden exekutiven und legislativen Rechten an.[1] So verfügt Kurdistan-Irak über ein eigenes Regionalparlament, eine eigene Regionalregierung und mit den Peschmerga über eigene Streitkräfte. In den letzten zwölf Jahren hat die kurdische Regionalregierung (KRG) ihre Autonomie vom irakischen Staat über diese konstitutionellen Kompetenzen hinaus weiter ausgebaut. Mit seinen 14 Auslandsvertretungen betreibt Erbil bis dato eine weitestgehend unabhängige Außenpolitik, kontrolliert bislang selbstständig seine Außengrenzen und

hat im Zuge von Streitigkeiten mit der irakischen Zentralregierung 2014 damit begonnen, Erdöl aus den kurdischen Gebieten entgegen der Verfassung nicht über Bagdad, sondern unilateral in die Türkei zu exportieren.[2] Darüber hinaus war es den Kurden ab 2014 im Zuge des Kampfes gegen den IS gelungen, etwa ein Drittel der umstrittenen Gebiete im Irak[3] – darunter die Stadt Kirkuk – zu besetzen. Kirkuk kommt insbesondere aufgrund seiner Wirtschaftskraft eine entscheidende Bedeutung für das kurdische Unabhängigkeitsstreben zu. Etwa die Hälfte der kurdischen Erdölproduktion, die bis zu 80 Prozent des kurdischen Haushalts finanziert, stammte bis Oktober 2017 aus Feldern in der Provinz.[4]

Bei dem Referendum am 25. September stimmten die Wähler darüber ab, ob die „Region Kurdistan und die kurdischen Gebiete außerhalb der Administration der Region Kurdistan" unabhängig werden sollen. An der Abstimmung, die brisanter Weise auch die von den kurdischen Peschmerga kontrollierten umstrittenen Gebiete miteinschloss, nahmen nach offiziellen Angaben 72 Prozent der Wahlberechtigten teil, 93 Prozent stimmten für eine Unabhängigkeit.[5]

Motiv und Ziele Präsident Barsanis

Das Referendum stellte von Beginn an eine im Wesentlichen unilateral von Präsident Barsani vorangetriebene Initiative dar und diente offenbar drei Zielen. Erstens sollte noch vor den für November angesetzten – aber nie ernsthaft vorbereiteten – Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der RKI, bei denen Barsani laut kurdischer Verfassung nicht mehr hätte antreten dürfen, der Druck auf die irakische Zentralregierung und die internationale Gemeinschaft erhöht werden, um Garantien für einen kurdischen Sezessionsprozess zu erlangen.[6] Zweitens zielte Barsani darauf ab, von den politischen und wirtschaftlichen Missständen in der RKI abzulenken, die nach dem Wegfall des IS als unmittelbare Bedrohung wieder stärker die innerkurdische Agenda dominiert hätten. Seit 2015 regierte der Präsident de jure ohne gültiges Mandat, der parlamentarische Prozess war durch die Kaltstellung des der *Gorran*-Partei angehörigen Parlamentspräsidenten durch Barsani zum Erliegen gekommen und die kurdische Wirtschaft leidet unter fehlenden Reformen und den Folgen des Kampfes gegen den IS.[7] Drittens sollte mit dem Referendum die Kontrolle der Kurden über die umstrittenen Gebiete – insbesondere Kirkuk – zementiert und legitimiert werden.

Das (Fehl-)Kalkül des Barsani-Lagers

Bereits im Vorfeld des Referendums hatten sich die irakische Zentralregierung, die wichtigen Nachbarn Iran und Türkei und weite Teile der internationalen Gemeinschaft, darunter die USA und Deutschland, klar gegen die Abstimmung positioniert. Auch innerhalb des kurdischen Lagers gab es zwar kaum offene, aber dennoch erhebliche Widerstände. So sprachen sich selbst einzelne Politiker von Barsanis Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) und Teile der zweitgrößten Partei, der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) des ehemaligen irakischen Präsidenten Dschalal Talabani, hinter verschlossenen Türen gegen das Referendum aus. Die Oppositionspartei *Gorran* forderte öffentlich eine Verschiebung.

Das Festhalten Barsanis an der Abstimmung entgegen aller Widerstände wurde vielerorts entsprechend als Poker gewertet, wobei dem Kalkül des Präsidenten offenbar zwei entscheidende Fehleinschätzungen zugrunde lagen. So interpretierte Barsani erstens die militärische Unterstützung im Kampf gegen den IS durch die internationale Gemeinschaft als politische Zustimmung für ein kurdisches Staatsprojekt.[8] Barsani spekulierte darauf, trotz der allgemeinen Ablehnung schlussendlich doch Rückendeckung der wichtigsten internationalen Partner, allen voran der USA, für eine kurdische Sezession zu erlangen. Zweitens fühlte sich Barsani gleichzeitig nach dem Ausscheiden des PUK-Vorsitzenden Dschalal Talabani aus der Politik aufgrund eines 2012 erfolgten Schlaganfalls sowie dem Tod Nawschirwan Mustafas, des Parteivorsitzenden von *Gorran*, im Mai 2017 im kurdischen Lager stark genug, das Referendum gegen parteiübergreifende Widerstände durchzusetzen.

Die Folgen der Fehlkalkulation Barsanis zeigten sich bereits unmittelbar im Nachgang des Referendums. Anders als von Barsani antizipiert, gelang es der Regierung in Bagdad mit Unterstützung der Türkei und des Iran, die RKI innerhalb weniger Wochen politisch und wirtschaftlich zu isolieren. So sperrte die irakische Regierung den internationalen Luftverkehr zu den Flughäfen Erbil und Sulaimaniyya, führte gemeinsame Militärmanöver mit der Türkei und dem Iran an den Grenzen zur RKI durch und drängte die beiden Länder zur teilweisen Schließung der Grenzübergänge.[9] Während Teheran erheblichen politischen und wirtschaftlichen Druck auf seinen traditionellen kurdischen Partner, die PUK, ausübte, erfuhr Barsani vonseiten der Türkei, seines bisher außenpolitisch wichtigsten Verbündeten, nicht die erwartete Unterstützung, um den iranischen Druck auszubalancieren.

Der Fall von Kirkuk

Der Fall von Kirkuk am 16. Oktober 2017 stellte den dramatischen Höhepunkt dieser Entwicklung dar. Innerhalb von 48 Stunden eroberten reguläre irakische Sicherheitskräfte und schiitische Milizen, unterstützt von iranischen Militärberatern, weitgehend kampflos große Teile der Provinz. Vorausgegangen war ein Zusammenbruch der politischen und militärischen kurdischen Front: Teile der PUK um Hero Talabani, die Witwe Dschalal Talabanis, hatten sich auf einen Ausgleich mit der irakischen Zentralregierung verständigt, wonach ein Großteil der PUK-Peschmerga im Großraum Kirkuk ihre Stellungen aufgaben. Anders als von Barsani erwartet, verhielt sich auch die internationale Gemeinschaft neutral in der Kirkuk-Frage. Im Nachgang des Falls von Kirkuk zogen sich die kurdischen Peschmerga auch aus anderen umstrittenen Gebieten in den Provinzen Ninawa und Diayala zurück. Insgesamt verloren die irakischen Kurden bis zum 20. Oktober die Kontrolle über etwa ein Fünftel des vor dem 16. Oktober kontrollierten Gebietes.

Der Verlust Kirkuks hat das kurdische Staatsbildungsprojekt um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, zurückgeworfen. Die kurdische Regionalregierung kontrolliert heute ein Gebiet, das in etwa innerhalb der kurdischen Grenzen von 2003 liegt. Durch den Verlust der Erdölfelder Avana Dome und Bai Hassan in der Provinz Kirkuk, die eine tägliche Produktionsleistung von etwa 280.000 Barrel erzielen, hat die RKI etwa die Hälfte ihrer Förderkapazität eingebüßt und wird damit in Zukunft kaum in der Lage sein, eine Unabhängigkeit finanziell zu stemmen.[10]

Am 29. Oktober zog Barsani scheinbar die Konsequenzen aus dem Kirkuk-Fiasko. In einer Videoaufzeichnung verkündete er, was von vielen Medien als Rücktritt vom Präsidentenamt zum 1. November interpretiert wurde. Seine exekutiven Befugnisse wurden noch am gleichen Tag in einer Sitzung des kurdischen Parlaments ad interim[11] auf den kurdischen Premierminister, den Vorsitzenden des kurdischen Sicherheitsrats, den KRG-Justizrat und die „Sprecherschaft“ des Parlaments – inklusive der zwei von KDP und PUK gestellten stellvertretenden Parlamentspräsidenten – übertragen.

2. Referendum und der Fall Kirkuks im Kontext kurdischer Innenpolitik

Die innerkurdische Dimension des Fiaskos

Der Fall von Kirkuk hat die grundlegenden Spaltungslinien im kurdischen Lager deutlich aufgezeigt. Seit 1975 wurde die kurdische Politik bestimmt durch den Dualismus der Barsanis und Talabanis, die sich die politische und wirtschaftliche Macht in den irakischen Kurdengebieten untereinander aufteilten.[12] Dieser Machtausgleich, der in der Post-2003-Phase stabile politische Verhältnisse in der RKI und eine gemeinsame kurdische Front gegenüber Bagdad garantierte, ist seit 2012 zunehmend zugunsten Masud Barsanis aus den Fugen geraten. Infolge des krankheitsbedingten Ausscheidens des wichtigsten Barsani-Gegenspielers Dschalal Talabani aus der Politik, entstand innerhalb der RKI ein Machtungleichgewicht, das durch interne Grabenkämpfe innerhalb der PUK weiter verschärft wurde. So sah sich der Talabani-Flügel der Partei, der die traditionelle Vorherrschaft der Dynastie über die PUK erhalten will, von einem

reformorientierten Lager um den kurdischen Vizepräsidenten Kosrat Rasul Ali und den ehemaligen kurdischen Premierminister Barham Salih herausgefordert. Durch die politischen Erfolge der oppositionellen *Gorran*-Partei, die sich 2009 von der PUK abgespalten hatte und bei den Parlamentswahlen 2013 zur zweitstärksten kurdischen Kraft aufgestiegen war, gerieten die Talabanis zudem in ihrer traditionellen Machtbasis Sulaimaniyya unter starken Druck.

Die seit 2012 schwelende Machtfrage um die Nachfolge Dschalal Talabanis ist zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt aus kurdischer Sicht kulminiert, als das Lager Kosrat Rasuls Barsani in seinem Vabanque-Spiel in der Kirkuk-Frage stützte, während der Talabani-Flügel eine separate Einigung mit Bagdad erzielte und sich militärisch zurückzog. Bereits das Unabhängigkeitsreferendum war von einem überwiegenden Teil des Talabani-Flügels als Versuch Barsanis gewertet worden, seine Macht in Kurdistan auf Kosten der Talabanis langfristig zu zementieren. Drei Faktoren waren ausschlaggebend für das Ausscheren der Talabani-Fraktion aus der politischen und militärischen Front gegen Bagdad.

1. Durch das faktische Überlaufen von Nadschmaldin Karim, dem von der PUK gestellten Gouverneur von Kirkuk, ins Barsani-Lager drohte der politische und wirtschaftliche Zugriff der Talabanis auf Kirkuk, das als traditionelle Einflusssphäre der Familie betrachtet wird, weiter zu schwinden.[13]

2. Der Tod von Dschalal Talabani am 3. Oktober 2017 drohte zudem den Machtkampf innerhalb der PUK weiter zuzuspitzen.

3. Die Schließung der iranisch-kurdischen Grenze durch Teheran und das iranische Embargo auf kurdische Erdölerzeugnisse infolge des Referendums erhöhten darüber hinaus den wirtschaftlichen Druck auf die Talabanis.

Aus Sicht der Talabani-Familie erschien die unter iranischer Vermittlung erzielte Einigung mit der irakischen Zentralregierung entsprechend als kleineres Übel, als fortwährend den Steigbügelhalter für Barsanis Machtpolitik zu spielen.

Implikationen für die kurdische Politik

Infolge der Ereignisse des Oktober 2017 ist die politische Lage in der RKI volatil und durch innerkurdische Machtkämpfe geprägt. Die Fronten zwischen den Barsanis und den Talabanis sind mittlerweile verhärtet wie seit den 1990er Jahren nicht mehr, als sich die beiden Parteien in einem blutigen Bürgerkrieg gegenüberstanden. Die KDP und der Kosrat Rasul-Flügel der PUK werfen den Talabanis Hochverrat vor. Es zeichnet sich eine zunehmende Spaltung zwischen Erbil und Sulaimaniyya ab. Bereits am 17. Oktober hatte Barsani den Abzug aller KDP-Peschmerga aus Sulaimaniyya und Halabdscha sowie aller PUK-Peschmerga aus Dohuk und Erbil angeordnet. Die Talabanis ihrerseits zielen darauf ab, ihre Macht über die PUK und die östlichen Teile Kurdistans zu konsolidieren.

Der Konflikt zwischen den beiden Familienclans hat auch die internen Grabenkämpfe innerhalb der KDP und PUK zwischen Moderaten und Hardlinern weiter angeheizt. Die KDP ist gespalten zwischen einem Lager kurdisch-nationalistischer Falken um Masud Barsani, der als Vorsitzender des Politbüros weiterhin die einflussreichste Person innerhalb der Partei ist, und seinen Sohn Masrour auf der einen sowie dem konsensorientierten Nechirvan Barsani auf der anderen Seite. Während Masud und Masrour einen unversöhnlichen Kurs gegenüber der PUK und der irakischen Zentralregierung verfolgen, zielt Nechirvan, der Ministerpräsident und Neffe des Präsidenten, auf Verhandlungen mit Bagdad und Sulaimaniyya ab. Implizit stellt dieser Konflikt bereits heute einen Machtkampf zwischen Nechirvan und Masrour um die Nachfolge Masud Barsanis dar.

Nach dem Tod von Dschalal Talabani und dem Verlust von Kirkuk droht die PUK durch die innerparteiliche Spaltung zwischen dem Talabani-Lager und dem Kosrat Rasul-Lager zu zerbrechen. Bereits vor dem Referendum hatte sich Barham Salih im September 2017 von der PUK

abgespalten und die Gründung einer eigenen Partei bekanntgegeben. Auch die *Gorran*-Partei befindet sich nach dem Tod ihres charismatischen Führers Nawschirwan Mustafa im Mai 2017 in einer Übergangsphase, könnte aber von den Zerfallserscheinungen der PUK und der generellen Unzufriedenheit der kurdischen Straße profitieren. Allerdings verfügt *Gorran* im Gegensatz zu den beiden anderen Parteien nicht über die machtpolitischen Mittel,[14] um eine noch größere politische Rolle spielen zu können.

Unbeirrt von den innerparteilichen Querelen klammert sich Barsani weiterhin an seine Macht und erschwert damit die dringend benötigte Konsolidierung des politischen Systems und die Beendigung der konstitutionellen Krise der autonomen Region. Trotz des formellen Rücktritts des Präsidenten leidet die Region weiter unter einem akuten Demokratiedefizit mit schwachen politischen Institutionen. Das kurdische Regionalparlament ist mittlerweile zu einem Rumpfparlament degeneriert. Die lange überfälligen Parlamentswahlen wurden ohne Beteiligung der *Gorran*-Partei in einer Plenarsitzung am 24. Oktober von November 2017 auf Juli 2018 verschoben.[15] Am 26. Dezember trat der von *Gorran* gestellte Parlamentspräsident, dem seit 2015 der Zugang zu seinem eigenen Parlament verwehrt worden war, wegen des fehlenden parlamentarischen Fortschritts zurück.

Auch die Übertragung der exekutiven Befugnisse Barsanis im Kontext seines Amtsverzichts war unzureichend definiert und lässt viel Spielraum für Interpretationen. So wurde beispielsweise der Oberbefehl über die kurdischen Streitkräfte nicht auf Ministerpräsident Nechirvan Barsani übertragen und auch das alte Kabinett Masud Barsanis soll weiterhin „seinen Aufgaben und Verantwortlichkeiten" nachkommen.[16] Darüber hinaus bleibt Barsani Vorsitzender des Hohen Politischen Rates (HPC), der ursprünglich als Hoher Referendumsrat die Durchführung des Referendums übersehen sollte. Der HPC setzt sich vornehmlich aus KDP-Mitgliedern und KDP-nahen PUK-Führern wie Kosrat Rasul zusammen und bildet eine demokratisch nicht legitimierte Parallelregierung, durch die Barsani auch weiterhin am Parlament vorbei die Geschicke Kurdistans bestimmen kann.

Infolge der politischen Instabilität wird es auf absehbare Zeit kaum möglich sein, eine geeinte „kurdische Front" gegenüber der irakischen Zentralregierung wiederherzustellen. Dadurch wird der politische Einfluss der Kurden in Bagdad in Zukunft abnehmen. Gleichzeitig wächst im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Krise innerhalb der RKI der Widerstand der kurdischen Bevölkerung gegen die Regierung. Ende Dezember 2017 kam es in der Region zu den größten Protesten seit Oktober 2015, bei denen mehrere Demonstranten von kurdischen Sicherheitskräften getötet wurden.

3. Die Reaktion Bagdads und Implikationen für die irakische Politik

Die Rückeroberung Kirkuks stellt vor allem einen politischen Erfolg für Premierminister Haider al-Abadi dar. Bei seiner Amtsübernahme im September 2014 stand der irakische Staat angesichts des Eroberungszugs des IS am Rande des Zusammenbruchs. Seitdem ist es Abadi, der als moderater Konsenskandidat das schwere Erbe des schiitischen Hardliners Nuri al-Maliki antrat, gelungen, sowohl den IS militärisch zu besiegen[17] als auch eine kurdische Sezession zu verhindern und einen Großteil der umstrittenen Gebiete wieder unter die Kontrolle der Zentralregierung zu stellen.

Abadi und die Wiedergewinnung von Kirkuk

Außerhalb Kurdistans wurde das Unabhängigkeitsreferendum von einer breiten Front sunnitisch-arabischer und schiitischer Entscheidungsträger und Politiker abgelehnt.[18] Den Ausschlag hierfür gab vor allem die Inkludierung der umstrittenen Gebiete, in denen auch signifikante Bevölkerungsgruppen der schiitischen und sunnitischen Araber leben.

Im Vorfeld der Ereignisse von Kirkuk war der Druck auf Abadi stark gestiegen. So griffen insbesondere die Hardliner im schiitischen Lager

zunehmend auf eine harsche Rhetorik zurück und drohten damit, den Einfluss des moderaten Premierministers deutlich zu beschneiden. Am 27. September forderte das irakische Parlament Abadi in einer Resolution, die von den kurdischen Abgeordneten boykottiert worden war, dazu auf, Kirkuk notfalls mit militärischer Gewalt wieder unter die Kontrolle der Zentralregierung zu stellen.[19] Eine Rückeroberung Kirkuks wurde somit entscheidend für das politische Überleben Abadis. Durch das Wiedererlangen der Kontrolle über Kirkuk, bei dem Abadi alles auf eine Karte setzte und trotz seiner meist gemäßigten Rhetorik auch eine direkte militärische Konfrontation mit den Kurden nicht scheute, konnte der schiitische Ministerpräsident den Falken im eigenen Lager nun den Wind aus den Segeln nehmen.

Stärkung Bagdads auf Kosten der Kurden

Nachdem die Politik in Bagdad jahrelang akzeptieren musste, dass die Regionalregierung in Erbil wie eine zweite irakische Regierung auf Augenhöhe agierte, haben sich die Machtverhältnisse im Nachgang zu den Ereignissen von September und Oktober 2017 deutlich zu ihren Gunsten verändert. War das kurdische Parteienbündnis im irakischen Parlament, die *Kurdistani Alliance*, bereits im September 2016 durch die Amtsenthebung von KDP-Finanzminister Hoshyar Zebari schwer angeschlagen,[20] ist sie über den Fall von Kirkuk endgültig zerbrochen. Dies erlaubt es Bagdad nunmehr, wie an dem Exempel der Kooptierung des Talabani-Flügels im entscheidenden Moment der Kirkuk-Krise deutlich wurde, die einzelnen kurdischen Fraktionen durch bilaterale Absprachen gegeneinander auszuspielen und damit das Gewicht der Kurden in der irakischen Politik zu minimieren.

Darüber hinaus ist die wirtschaftliche Abhängigkeit Erbils von Bagdad im Zuge des Verlusts der Erdölfelder in Kirkuk deutlich gestiegen. Laut der irakischen Verfassung steht der kurdischen Regionalregierung ein gewisser Prozentsatz des irakischen Budgets zu, der sich nach dem prozentuellen Anteil der irakischen Kurden an der irakischen Gesamtbevölkerung bemisst. Da seit 1987 kein offizieller Zensus mehr im Irak stattgefunden hat, hatte sich die kurdische Regionalregierung 2004 mit der irakischen Übergangsregierung auf 17 Prozent des irakischen Haushalts geeinigt. Seit 2014 ist dieser Betrag im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen Bagdad und Erbil über den unilateralen Erdölexport durch die kurdische Seite nicht mehr ausgezahlt worden. Der irakische Haushalt für 2018 sieht nur 12,67 Prozent für die RKI vor.[21] Damit hält die irakische Zentralregierung auch den wirtschaftlichen Druck auf die autonome Region hoch.

Bagdad zielt darauf ab, die vollständige, ihr von der Verfassung zugestandene Autorität über die kurdischen Gebiete zurückzuerlangen. So soll die Regionalregierung als Voraussetzung für neue Gespräche das Ergebnis des Referendums für ungültig erklären, alle Grenzübergänge an die irakischen Autoritäten übergeben und den unilateralen Erdölexport einstellen. Zu einer Einigung zwischen Bagdad und Erbil wird es wohl erst nach den irakischen Provinz- und Parlamentswahlen kommen, die für Mai 2018 angesetzt worden sind.

Auch eine erneute militärische Konfrontation zwischen Bagdad und Erbil kann nicht ausgeschlossen werden. Nach wie vor stehen sich Einheiten der regulären irakischen Sicherheitskräfte, der schiitischen Milizen und der kurdischen Peschmerga im Nordirak gegenüber. In den Wochen nach der Kirkuk-Operation ist es immer wieder zu vereinzelten Scharmützeln auf lokaler Ebene zwischen den beiden Seiten gekommen. Diese könnten in Zukunft erneut eskalieren.

Das politische System des Irak bleibt instabil

Trotz der Erfolge im Kampf gegen den IS und der aus Bagdader Sicht positiven Wende in der Kurdistan-Frage bleiben die grundsätzlichen Probleme der irakischen Politik bestehen. Zwar bildet sich im Irak nach Jahren des Kriegs langsam eine demokratische Kultur heraus und es gibt ein funktionierendes Parlament und eine demokratisch legitimierte Regierung. Allerdings sind neben den Kurden auch die anderen beiden großen Gruppen intern zerstritten. Das

sunnitisch-arabische Lager befindet sich im Zuge des Kampfes gegen den IS in einer Legitimations- und Repräsentationskrise. Der schiitische Block ist zunehmend in Iran-nahe Falken um Maliki und moderate, konsensorientierte Akteure wie Abadi gespalten. Die politische Fragmentierung des Irak bedeutet, dass Abadis Regierungsführung weiterhin einem Spießrutenlauf gleichkommen wird.

Durch die relative Schwäche des politischen Systems gelingt es darüber hinaus Iran-nahen schiitischen Milizgruppen zunehmend, einen „Staat im Staate" nach Vorbild der libanesischen Hisbollah zu etablieren. Die Gruppen haben die wesentliche Last im Kampf gegen den IS getragen, kontrollieren mittlerweile weite Teile der vom IS befreiten Gebiete im Zentralirak und konnten auch im Zuge der Kirkuk-Operation ihren Einfluss weiter ausbauen.[22] Die drei stärksten und am engsten mit Iran verbundenen Gruppen *Badr*, *Asaib Ahl al-Haqq* und *Kataib Hezbollah* waren allesamt an der Rückeroberung Kirkuks beteiligt.[23] Auch im Nachgang der Operation sind sie in Kirkuk verblieben und stärken dort die iranische Einflussnahme im Irak.

4. Die Haltung der internationalen Gemeinschaft

Internationale Opposition zum Referendum

Die Regionalmächte Türkei und Iran sowie die USA standen in den Konflikten des Nahen Ostens – insbesondere im syrischen Bürgerkrieg – und auch im Irak in den letzten Jahren oftmals auf gänzlich unterschiedlichen Seiten. Im Hinblick auf das Kurdistan-Referendum gestaltete sich die Opposition der drei Akteure dagegen ungewöhnlich einvernehmlich – wenn auch aus unterschiedlichen und teils gegensätzlichen Interessen. Gemein war allen drei Akteuren die Sorge, mit einer Sezession Kurdistans vom Irak einen Präzedenzfall in der Region zu schaffen, der eine Abkehr von der bisherigen Ordnung und damit eine weitere Destabilisierung der Region bedeutet hätte. Die Ablehnung der Türkei und des Iran wurde dabei insbesondere durch innenpolitische Bedenken geleitet, da beide Länder ebenfalls über signifikante kurdische Minderheiten verfügen.[24] Einig waren sich offenbar auch alle drei Akteure, dass eine direkte militärische Konfrontation zwischen Bagdad und Erbil eine unmittelbare Gefahr für den Kampf gegen den IS im Irak dargestellt hätte.[25]

Ankara und Washington dürfte darüber hinaus die Sorge verbunden haben, dass ein Herauslösen Kurdistans aus dem irakischen Zentralstaat diesen noch stärker einer iranischen Einflussnahme ausgesetzt hätte. Traditionell wirkt die kurdische Minderheit – gemeinsam mit der sunnitisch-arabischen Minderheit – als Gegengewicht zur schiitischen Mehrheit im Irak. Durch den Verbleib der RKI innerhalb des Irak besteht weiterhin die Möglichkeit, den starken iranischen Einfluss auf Bagdad mithilfe der Kurden und der sunnitischen Araber auszubalancieren.[26]

Daneben prägten auch individuelle Interessen das Handeln der drei für den Irak wichtigsten Akteure. Für Ankara bedeutete die Aufnahme der umstrittenen Gebiete in das Referendum eine Bedrohung für die bedeutende Minderheit sunnitischer Turkmenen in Kirkuk, als deren Schutzmacht sich die Türkei begreift. Für den Iran wiederum hätte ein unabhängiges Kurdistan die Gefahr einer israelischen Einflussnahme in unmittelbarer Nähe zu den eigenen Grenzen bedeutet. Israel verfügt traditionell über sehr gute Beziehungen zur KRG und hatte als einer der wenigen Staaten weltweit die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt. Für die USA wäre eine Sezession der RKI einem endgültigen Scheitern der Irak-Intervention von 2003 gleichgekommen.

Entsprechend dieser Interessen formierte sich der gemeinsame Widerstand der drei Akteure. Am 4. Oktober stimmten die türkische und iranische Regierung ihr Vorgehen am Rande eines Treffens zwischen Ministerpräsident Recep Tayyib Erdogan und Präsident Hassan Rouhani in Teheran ab und isolierten in der Folge die RKI politisch und wirtschaftlich.[27] Die Zusammenarbeit in der Kurdistan-Frage zwischen der Türkei und dem Iran spiegelt eine generelle Annäherung der beiden Staaten wider, die sich bereits im seit

Anfang 2017 stattfindenden Astana-Prozess zur Befriedung des syrischen Bürgerkriegs ablesen lässt. Wie im Fall der Türkei überschätzte Präsident Barsani auch die Unterstützung der USA im Konflikt zwischen Bagdad und Erbil. So ergriff die US-Administration in der Causa Kirkuk nicht aktiv Partei. Dabei dürften auch die Überlegungen Washingtons eine Rolle gespielt haben, dem verbündeten Abadi einen Sieg im eigenen Lager gegen die Iran-nahen Falken zu erlauben.

Der Fall Kirkuks im Kontext der iranischen Einflussnahme im Irak

Ungeachtet des Zugewinns an Popularität für Premierminister Abadi in der Folge der Rückgewinnung Kirkuks haben die Ereignisse im Oktober erneut die Ausmaße des iranischen Einflusses im Nachbarland verdeutlicht. Teheran ist es gelungen, durch gezielten wirtschaftlichen und militärischen Druck das kurdische Lager zu spalten und die PUK gegen die KDP auszuspielen. Erstmals seit 2003 hat der Iran damit aktiv in die kurdische Politik eingegriffen. Den Iranern gelang es durch die von Teheran unterstützten schiitischen Milizen, eine glaubwürdige militärische Drohkulisse aufzubauen, die einen Verlust Kirkuks seitens der Kurden als unausweichlich erscheinen ließ.[28] Eine entscheidende Rolle hierbei spielte offenbar auch Qassem Soleimani, der Kommandeur der *Quds*-Einheiten der iranischen Revolutionsgarden, der im Vorfeld der Kirkuk-Operation mehrfach nach Sulaimaniyya gereist war.[29]

Der Fall von Kirkuk dürfte den iranischen Einfluss im Irak weiter gestärkt haben. Nachdem die vom Iran unterstützten schiitischen Milizen bereits vor Oktober weite Teile der vom IS befreiten Gebiete im Zentralirak kontrollierten, konnten sie ihren Einfluss auf die erdölreiche und geostrategisch wichtige Provinz Kirkuk ausweiten.[30] Infolge der Inbesitznahme Kirkuks ist die Popularität der Milizen im Irak weiter gestiegen, was insbesondere im Hinblick auf die anstehenden Parlamentswahlen im Irak von Bedeutung sein könnte. Hier konkurrieren die politischen Flügel einiger Gruppierungen wie der *Badr*-Organisation um Stimmen. Darüber hinaus ist es Teheran gelungen, die PUK wieder stärker an sich zu binden, während das Referendum die KDP deutlich von ihrem traditionellen Partner, der Türkei, entfremdet hat.

Gefährdung der internationalen Stabilisierungsbemühungen

Die Auseinandersetzung zwischen der irakischen Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung hat die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Stabilisierung der vom IS befreiten Gebiete gefährdet und deutlich verzögert. Ende 2017 befanden sich weiterhin knapp drei Millionen Binnenvertriebene im Irak,[31] die bisher nicht in ihre Heimatgebiete zurückkehren konnten. Für die zukünftige Stabilität des Irak ist ein schneller Wiederaufbau der befreiten Gebiete, die sich zu großen Teilen in den *disputed territories* befinden, und eine Rückkehr der Binnenflüchtlinge entscheidend. Weitere militärische Konfrontationen zwischen Bagdad und Erbil drohen zudem, den zukünftigen Kampf gegen den IS, der nunmehr als klassische Terrororganisation aus dem Untergrund agiert, zu überlagern. Auch wenn der IS heute im Irak militärisch besiegt ist, ist die Organisation nach wie vor in der Lage, das Land – insbesondere in den befreiten Gebieten wie West-Mossul und Ramadi – durch Terroranschläge zu destabilisieren. Eine effektive Bekämpfung des IS setzt auch in Zukunft eine enge Kooperation zwischen den irakischen und irakisch-kurdischen Behörden voraus.

5. Fazit und Bedeutung für Deutschland

Der kurdische Präsident Barsani hat mit seiner eigensinnigen und fehlgeleiteten Referendumspolitik dem irakisch-kurdischen Staatsprojekt einen Bärendienst erwiesen und gefährdet durch sein Festhalten an der Macht die demokratischen Errungenschaften der irakischen Kurden in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten. Infolge des Referendums steht die RKI vor einem politischen Scherbenhaufen und sieht unsicheren innenpolitischen Zeiten entgegen. Die Wiederherstellung des 2012 verlorengegangenen politischen Gleichgewichts, der überfällige Generationswechsel

und die angesichts des Referendumsdebakels notwendige Selbstfindung der kurdischen Politik könnten durch die Fortexistenz Barsanis als Machtfaktor außerhalb der demokratischen Strukturen behindert werden.

Durch ihre jüngste Politik ist die Regierung in Erbil im Begriff, sich drei der wesentlichen Vorteile, die zu der enormen Unterstützung und Aufmerksamkeit der internationalen Staatengemeinschaft in den vergangenen Jahren geführt haben, selbst zu nehmen. Die Eigenschaften als Stabilitätsanker im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, als potenzieller Motor von Wiederaufbau und Wirtschaftsentwicklung im Irak und letztendlich als demokratischer Musterschüler in der Region sind kaum noch gegeben.

Aus deutscher Sicht kam bereits die Ankündigung des Referendums einem Vertrauensbruch gleich, da Vertretern der Bundesregierung und des Bundestages von kurdischer Seite mehrfach versichert worden war, dass die Unabhängigkeitsfrage nicht vor der Beendigung des Kampfes gegen den IS und der Wiederbelebung des demokratischen Prozesses in der RKI thematisiert werden würde. Angesichts der klaren Positionierung der europäischen Regierungen sind Vorwürfe aus Irakisch-Kurdistan, von den westlichen Verbündeten im Stich gelassen worden zu sein, gegenstandslos.

Ausgangspunkt der deutschen Irakpolitik seit 2014 waren die Unterstützung Bagdads und Erbils im Kampf gegen den IS und die Bewältigung der damit verbundenen humanitären Katastrophe. Zusätzlich zu den veränderten Rahmenbedingungen durch die militärische Niederlage des IS im Irak erfordert nun auch die neu eingetretene Situation infolge des Referendums eine Schwerpunktverlagerung der deutschen Irakpolitik. Aus deutscher und europäischer Sicht kommt es nun in erster Linie darauf an, einen Ausgleich zwischen Bagdad und Erbil zu erreichen und eine neuerliche Destabilisierung des Irak zu verhindern. Die termingerechte Abhaltung der Wahlen zum irakischen Parlament und zum kurdischen Regionalparlament, die beide in diesem Jahr anstehen, ist eine wesentliche Voraussetzung zur Überwindung der innerkurdischen und innerirakischen politischen Krisen.

Mit Blick auf die im Frühjahr vom Deutschen Bundestag zu beschließende Mandatsverlängerung sollte eine Anpassung des bisherigen militärischen Beitrags in den kurdischen Landesteilen in Erwägung gezogen werden. Gleichzeitig sollte erwogen werden, die Kooperation im Sicherheitsbereich mit Bagdad zu stärken.

Für ein fortgesetztes militärisches Engagement in der RKI sprechen

1. die nach wie vor gegebene Bedeutung der kurdischen Regierung als Partner im Kampf gegen den IS (gerade im Bereich der nachrichtendienstlichen Kooperation),
2. die Weiterführung der bereits begonnenen Reform des kurdischen Sicherheitssektors (mit dem Ziel der Stärkung des Peschmerga-Ministeriums und der Entkopplung der kurdischen Sicherheitskräfte von den Parteistrukturen),
3. der gegebene Ausbildungsbedarf in einzelnen militärischen Fähigkeiten und Teilfähigkeiten der kurdischen Sicherheitskräfte (Logistik, Sanitätswesen und Pionierwesen) und
4. die Möglichkeit, durch ein internationales Engagement in den kurdischen Gebieten sicherzustellen, dass die jüngst deutlich gestärkte Zentralregierung ihre Interessen in den anstehenden Verhandlungen nicht über Gebühr durchsetzen kann.

Ein verstärktes Engagement im Zentralirak bietet die Möglichkeit,

1. den Kampf der irakischen Sicherheitskräfte gegen die vor allem auf zentralirakischem Gebiet operierenden, verbliebenen IS-Strukturen durch Beratung und Ausbildung (in den Bereichen Logistik, Sanität und Pionierwesen) zu unterstützen,
2. bei der notwendigen Stärkung und Reform des irakischen Sicherheitssektors (auch mit Blick auf die Eindämmung der schiitischen Milizen) mitzuwirken,

3. den in Bagdad teilweise vorherrschenden Eindruck auszuräumen, im Disput zwischen Zentral- und Regionalregierung parteiisch zu sein und
4. einen Beitrag zur langfristigen Stabilisierung eines geeinten irakischen Nationalstaats zu leisten.

Bagdad und Erbil werden trotz aller politischen Krisen und der unbestreitbaren Beeinflussung durch externe Akteure zentrale Partner für Deutschland und Europa bei den Stabilisierungsbemühungen der gesamten Region bleiben. Nichtsdestotrotz muss eine Eskalation des Konflikts zwischen Zentral- und Regionalregierung die rote Linie für das deutsche militärische Engagement im Irak bedeuten.

Nils Wörmer ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Syrien / Irak.

Lucas Lamberty ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung für Syrien / Irak.

1 Die entsprechenden Kompetenzen werden in Artikel 116 bis 121 der irakischen Verfassung festgelegt. Artikel 121 stipuliert, dass autonome Regionen im Irak grundsätzlich legislative Autorität in allen Bereichen haben, die außerhalb der exklusiven Kompetenzen der irakischen Zentralregierung liegen. Zu diesen exklusiven Kompetenzen zählen unter anderem die Geld- und Außenpolitik.

2 Im Hinblick auf die Ausbeutung der irakischen Erdölressourcen weist die Verfassung Unklarheiten auf. Während Artikel 111 vorschreibt, dass die natürlichen Ressourcen „Eigentum aller Iraker" sind, legt Artikel 112 fest, dass sie gemeinschaftlich von Zentralregierung und Provinzen bzw. autonomen Regionen administriert werden sollen. Die kurdische Regionalregierung beruft sich entsprechend auf Artikel 112, um den Export von Erdöl zu legitimieren. Der Streit zwischen Bagdad und Erbil war 2014 über ausstehende Transferzahlungen der irakischen Zentralregierung an die RKI eskaliert. In der Folge begann die RKI, das Erdöl – insbesondere aus der von Peschmerga besetzten Provinz Kirkuk – unilateral durch die Türkei auszuführen.

3 Die sogenannten *disputed territories* durchziehen den Irak in Form eines circa 500 Kilometer langen Landstriches von Nordwesten nach Südosten. Die Gebiete bilden eine Übergangszone zwischen den arabischen und kurdischen Teilen des Irak und werden sowohl von der kurdischen Regionalregierung als auch der irakischen Zentralregierung beansprucht. In den Gebieten leben neben Kurden auch schiitische und sunnitische Araber sowie eine Vielzahl an Minderheiten wie Turkmenen, Jesiden und Christen. Artikel 140 der irakischen Verfassung schreibt vor, dass bis zum 31. Dezember 2007 ein Referendum der lokalen Bevölkerung über die Zugehörigkeit zu Bagdad oder Erbil hätte stattfinden müssen. Zu dieser Abstimmung kam es jedoch nie, weshalb die Gebiete weiter umstritten sind.

4 Vgl. Rivin, Paul / Friedman, Brandon 2017: Kurdistan's Economic Woes, Iqtisadi: Middle East Economy 7: 8, 30.10.2017, S.1-2, in: http://bit.ly/2FNcRiv [06.12.2017]. Andere Quellen sprechen gar von drei Viertel. Vgl. Shavit, Eldad / Lindenstrauss, Gallia 2017: Baghdad Regains Control of Kirkuk: Strategic Implications, INSS Insight 984, 23.10.2017, S.1, in: http://bit.ly/2yNcP9y [07.12.2017].

5 Vgl. Chulov, Martin 2017: More than 92% of voters in Iraqi Kurdistan back independence, The Guardian, 28.09.2017, in: http://bit.ly/2xLGXC7 [18.12.2017].

6 Geleitet wurde Barsani dabei offenbar primär von dem persönlichen Motiv, als Vater einer kurdischen Unabhängigkeit in die Geschichtsbücher einzugehen. Offenbar hatte Barsani seinem Vater Mustafa, dem Gründer der KDP und bis 1975 wichtigsten Führer der Kurden im Irak, noch auf dessen Sterbebett versprochen, eine kurdische Unabhängigkeit vom Irak zu erreichen.

7 Die Amtszeit des Präsidenten war nach zwei Legislaturperioden bereits 2013 abgelaufen und alleine auf Grundlage eines überparteilichen Kompromisses um zwei Jahre verlängert worden. 2015 weigerte sich Barsani, aus dem Amt zu scheiden. Im Zeichen dieser Krise kam es seit Oktober 2015 vermehrt zu Demonstrationen, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen. Die KDP ging in der Folge dazu über, verstärkt gegen kritische Medien und die Zivilgesellschaft vorzugehen. Sie vermutete insbesondere *Gorran* hinter den Protesten. Als Reaktion entließ Ministerpräsident Nechirvan Barzani die vier *Gorran*-Minister und ersetzte sie durch KDP-Offizielle. Zudem wurde Parlamentssprecher Yusuf Mohammed Sadiq, der ebenfalls *Gorran* angehört, seit Sommer 2015 der Zutritt zum Parlament verweigert.

8 Gespräche mit irakischen Regierungsvertretern in Bagdad vom 22. bis 24. November 2017 und Gespräch mit kurdischen Abgeordneten des irakischen Parlaments am 25. November 2017.

9 Da die RKI über keinen eigenen Seezugang verfügt, ist sie unmittelbar von den Nachbarstaaten abhängig. Mehr als 75 Prozent aller in den RKI konsumierten Produkte werden importiert, darunter 90 Prozent der Lebensmittel. Vgl. Badawi, Tamer 2017: The Dilemma of KRG Trade, Carnegie Middle East Center, 18.10.2017, in: http://ceip.org/2gQ89q6 [05.12.2017].

10 Bereits vor dem Fall von Kirkuk war die KRG ab 2014 kaum in der Lage, ohne die regelmäßigen Transferzahlungen aus Bagdad die Gehälter in der Region in vollem Umfang auszuzahlen. Ohne die Erdölfelder und eine Wiederaufnahme der monatlichen Zahlungen aus Bagdad ist dieses Ziel in noch weitere Ferne gerückt.

11 Die Übertragung der Befugnisse gilt bis zu den nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Irak. Vgl. Connelly, Megan 2017: Is Barzani Stepping Down or Stepping Up? Carnegie Middle East Center, 09.11.2017, in: http://ceip.org/2zqeh2D [18.12.2017].

12 Im Zuge des Washingtoner Abkommens, das 1998 einen mehrjährigen innerkurdischen Bürgerkrieg beendete, und eines „strategischen Abkommens" von 2007 einigten sich Masud Barsani und Dschalal Talabani auf die Aufteilung der politischen und wirtschaftlichen Macht in der RKI. So bilden beispielsweise die Peschmerga keine homogene Einheit, sondern gliedern sich größtenteils in KDP- und PUK-Einheiten, die jeweils unter dem direkten Befehl der Parteien stehen. Auch geografisch ist die KRI geteilt. Die KDP dominiert die Provinzen Dohuk und Erbil, während sich die Einflusssphäre der PUK über Sulaimaniyya und Halabdscha erstreckt.

13 Im Zentrum des Konflikts zwischen der KDP und der PUK steht insbesondere die Frage über die Erdöleinnahmen aus der Provinz Kirkuk. Die KDP erlangte 2014 die Kontrolle über das Erdölfeld Bai Hassan und verständigte sich 2016 auf ein Abkommen mit Bagdad, das eine Aufteilung der Einnahmen aus dem Erdölexport aus dem Raum Kirkuk zwischen der irakischen Zentralregierung und der von der KDP-dominierten kurdischen Regionalregierung vorschrieb. Die PUK profitierte entsprechend wirtschaftlich kaum von Kirkuk. Der Konflikt war bereits im März 2017 beinahe eskaliert, als Sicherheitskräfte der PUK das Hauptquartier der *Northern Oil Company* in Kirkuk besetzten. Vgl. Reuters 2017: Kirkuk oil flows in jeopardy again as Kurdish tensions grow, 03.03.2017, in: http://reut.rs/2mSWYxg [16.12.2017].

14 In erster Linie betrifft dies die Peschmerga. Im Gegensatz zu KDP und PUK unterstehen der *Gorran*-Partei keine bewaffneten Kräfte.

15 Vgl. Reuters 2017: Iraqi Kurdistan parliament delays presidential elections by eight months, 24.10.2017, in: https://reut.rs/2yNTBkn [14.12.2017].

16 Vgl. Connelly, N. 11.

17 Am 9. Dezember 2017, fünf Monate nach der Rückeroberung Mossuls, erklärte Abadi den militärischen Kampf gegen den IS offiziell für beendet.

18 Das sunnitisch-arabische Lager war im Hinblick auf das Referendum gespalten. Die Mehrheit der sunnitisch-arabischen Politiker, die in erster Linie von der Türkei unterstützt werden, lehnte das Referendum ab. So positionierte sich der irakische Vizepräsident Usama an-Nudschaifi, ein wichtiger Verbündeter der Türkei und ehemals Präsident Barsanis, im Vorfeld der Abstimmung klar gegen das Referendum. Alleine eine kleine von Katar unterstützte Minderheit unterstützte die Pläne Barsanis. Vgl. Utica Risk Services 2017: Inside Iraqi Politics 164, S. 6.

19 Vgl. Reuters 2017: Iraqi parliament asks leader Abadi to take back Kurd-held Kirkuk, 27.09.2017, in: https://reut.rs/2fRcEjL [15.12.2017].

20 Damals brachen die Abgeordneten der PUK und *Gorran* mit der KDP und votierten für die Amtsenthebung Zebaris, der ein enger Verbündeter von Präsident Barsani ist. Vgl. Utica Risk Services 2017: Inside Iraqi Politics 139, S. 5.

21 Vgl. Rudaw 2017: KRG to prioritize salaries in 2018 budget, 11.12.2017, in: http://bit.ly/2sbVXrS [12.12.2017].

22 Die Gruppierungen existieren teilweise bereits seit dem ersten Golfkrieg und dominieren die sogenannten *al-Haschd asch-Schabi*, eine Dachorganisation, die sich ab 2014 im Kampf gegen den IS formierte und etwa 40 bis 60 nicht staatliche, mehrheitlich schiitische Milizgruppen mit insgesamt mehr als 100.000 Kämpfern umfasst. Auch wenn Premierminister Abadi nominell der Oberbefehlshaber über die *al-Haschd asch-Schabi* ist, agieren die Milizen weitestgehend autonom. Den Iran-nahen Gruppierungen – insbesondere *Badr* – ist es dabei seit den 2000er Jahren gelungen, den irakischen Sicherheitssektor – vor allem das irakische Innenministerium – zu durchdringen. Aufgrund der relativen Schwäche der regulären irakischen Sicherheitskräfte kontrollieren die proiranischen Gruppierungen zudem weite Teile der befreiten Gebiete in den Provinzen Diyala und Salah ad-Din. Sie stellen somit einen erheblichen Machtfaktor im Irak dar, der parallel zu den staatlichen Institutionen existiert und diese zunehmend auszuhebeln droht. Vgl. hierzu auch Steinberg, Guido 2017: Die Badr-Organisation – Iran wichtigstes politisch-militärisches Instrument im Irak, SWP-Aktuell 27, 04/2017, in: http://bit.ly/2BVCw66 [19.12.2017].

23 Vgl. Cafarella, Jennifer / Kassim, Omer 2017: Iran's Role in the Kirkuk Operation in Iraq, Institute for the Study of War, 08.11.2017, in: http://bit.ly/2nHokII [13.12.2017].

24 In der Türkei ist der bewaffnete Konflikt zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) nach dem Scheitern des Friedensprozesses im Jahr 2015 erneut eskaliert. Im Iran haben sich die Auseinandersetzungen zwischen der kurdischen Minderheit und der Regierung ab April 2017 wieder zugespitzt.

25 Mit zwei Anschlägen in Teheran im Juni 2017 hat der Terror des IS erstmals auch den Iran erreicht. Entsprechend ist der zukünftige Kampf gegen die Terrororganisation im Irak auch für die iranische Administration von entscheidender Bedeutung. Bei fünf der sechs IS-Attentäter vom Juni handelte es sich um iranische Kurden. Vgl. Milani, Mohsen 2017: The Turbulent History Shaping Iran's Opposition to an Independent Iraqi Kurdistan, World Politics Review, 14.11.2017, in: http://bit.ly/2BXNiZI [05.02.2018].

26 Das teilweise von irakisch-kurdischen Politikern angebrachte Argument, dass ein unabhängiges Irakisch-Kurdistan für die USA ein effektives Bollwerk gegenüber dem Iran in der Region darstellen könnte, ist wenig plausibel. Ein unabhängiger kurdischer Staat hätte aufgrund seiner beschränkten Größe – sowohl im Hinblick auf die geografische Ausdehnung und die Bevölkerungszahl als auch die militärische und wirtschaftliche Stärke – sowie Lage kaum das Potenzial, als Gegengewicht zur iranischen Einflussnahme in der Region zu fungieren.

27 Vgl. Regencia, Ted 2017: Erdogan, Rouhani united in opposition to Kurdish state, Al-Jazeera, 04.10.2017, in: http://aje.io/xnhjb [14.12.2017].

28 Vgl. Hawramy, Fazel 2017: How Iran helped Baghdad seize back Kirkuk, Al-Monitor, 17.10.2017, in: http://almon.co/2xs9 [18.12.2017].

29 Vgl. Georgy, Michael / Rasheed, Ahmed 2017: Iranian commander issued stark warning to Iraqi Kurds over Kirkuk, Reuters, 20.10.2017, in: https://reut.rs/2iozP8W [19.12.2017].

30 Vgl. Kassim, Omer / Cafarella, Jennifer / Goulet, Zachary 2017: Iran Solidifies Influence in Kirkuk, Institute for the Study of War, 21.11.2017, in: http://bit.ly/2Ei8Oh2 [18.12.2017].

31 Vgl. International Organization for Migration 2017: Iraq Mission – Displacement Tracking Matrix, in: http://iraqdtm.iom.int [20.12.2017].